

# Bericht

## des Justizausschusses

**über den Antrag 269/A der Abgeordneten Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Stellenbesetzungsgesetz geändert wird**

Die Abgeordneten Mag. Beate **Meinel-Reisinger**, MES, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Initiativantrag am 25. Februar 2014 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet: „Die momentan viel diskutierte prekäre finanzielle Situation des Burgtheaters und die laufenden Untersuchungen die kaufmännische Leitung betreffend sowie die Bestellung des ehemaligen Kabinettschefs der ehemaligen Justizministerin Karl zum Leiter der Justizbetreuungsagentur werfen Fragen hinsichtlich des Bestellvorgangs auf. Um vermehrt für Transparenz bei der Bestellung von Mitgliedern von Leitungsorganen im staatsnahen Bereich zu sorgen, bedarf es einer detaillierteren Regelung des Bestellvorganges im Stellenbesetzungsgesetz. Hierdurch soll ein objektiveres und transparenteres Verfahren geschaffen werden.“

Der Justizausschuss hat den gegenständlichen Initiativantrag in seiner Sitzung am 2. Februar 2015 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligte sich außer der Berichterstatterin Abgeordnete Mag. Beate **Meinel-Reisinger**, MES der Abgeordnete Dr. Johannes **Jarolim**.

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Johannes **Jarolim** beschloss der Justizausschuss einstimmig (nicht anwesend: T), der Präsidentin des Nationalrates die Zuweisung des gegenständlichen Initiativantrages an den Verfassungsausschuss zu empfehlen.

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Dr. Johannes **Jarolim** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Justizausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2015 02 11

**Dr. Johannes Jarolim**

Berichtersteller

**Mag. Michaela Steinacker**

Obfrau